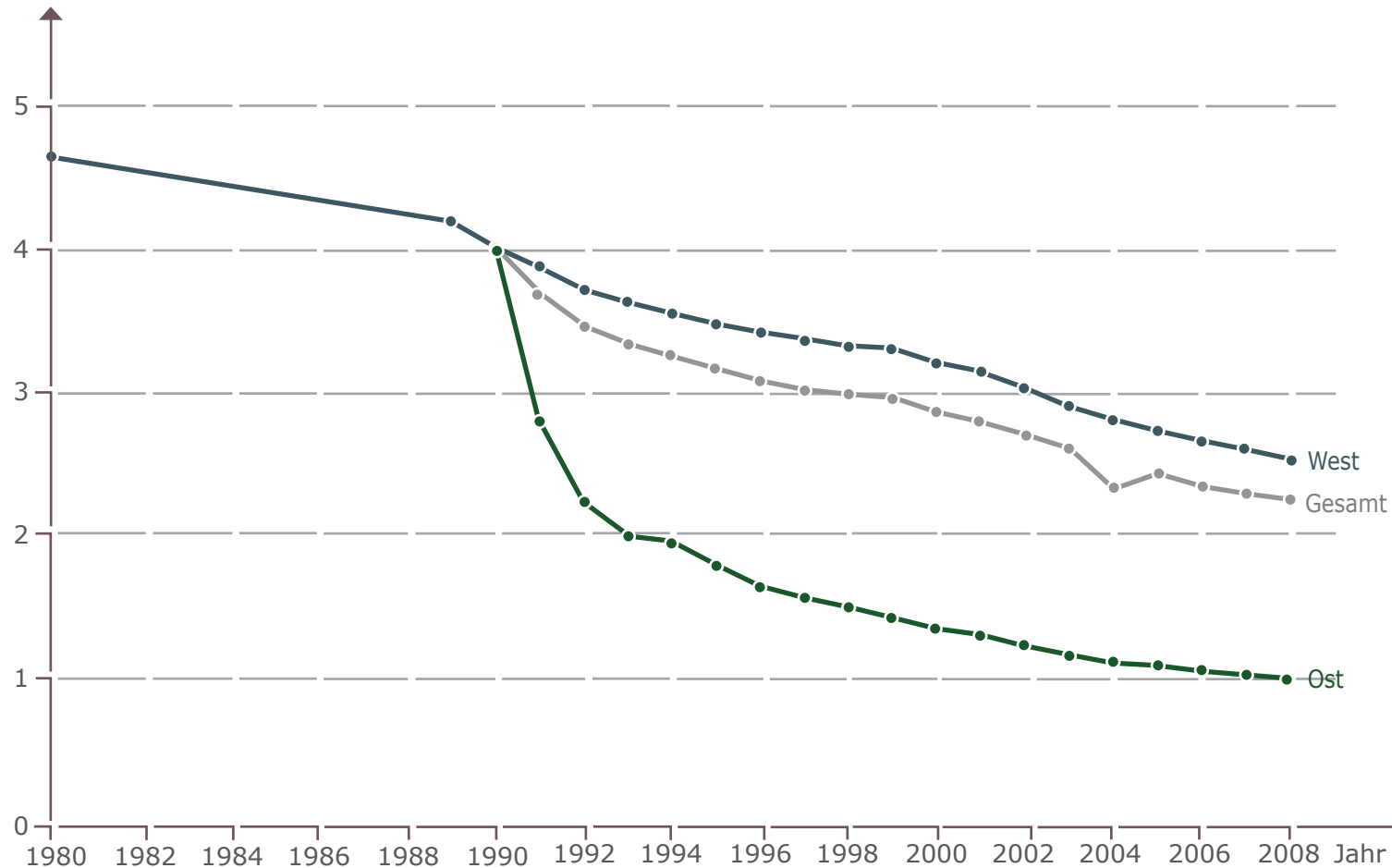




Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Rekrutierungsfähigkeit des Parteiensystems seit 1980
Mitglieder in Prozent der Wahlberechtigten



Quelle: Niedermayer 2007

(für die Darstellung wird eine konstante Anzahl von Wahlberechtigten über einen Zeitraum von je vier Jahren angenommen; auch Nicht-Wahlberechtigte können Mitglied von Parteien sein. In der Regel kann man mit 14 Jahren in die Jugendorganisation einer Partei eintreten und mit 16 Jahren die „normale“ Mitgliedschaft erlangen.)

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de



■ Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

1. Demokratie braucht Organisation: Der politische Bürgerwille formiert sich wesentlich über Parteien und Verbände

In modernen Staaten verwirklicht sich das demokratische Prinzip der Herrschaft des Volkes wesentlich in Formen von Repräsentation, Delegation und Organisation. Dabei sind diese drei Formen eng aufeinander bezogen: Die Bürger eines demokratischen Gemeinwesens wählen ihre Repräsentanten, und zwar entweder bei allgemeinen Wahlen für Parlamente oder bei organisationsinternen Wahlen in Verbands- bzw. Parteiämtern. Auf diese Weise werden Macht und Einfluss an gewählte Vertreter – in der Regel befristet – delegiert. Durch eigene Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen können Bürgerinnen und Bürger auch außerhalb von Wahlakten aktiv werden und direkt in die politische Willensbildung sowie die Gestaltung der öffentlichen Belange eingreifen oder auch durch Mitarbeit in gewählten Gremien bzw. Übernahme von Wahlämtern selbst zu Repräsentanten werden. Die Zugehörigkeit zu einer Partei ist – wie auch zu einem Verband – in demokratischen Verfassungsstaaten freiwillig. Parteimitgliedschaft stellt jedoch eine zentrale politische Partizipationsform dar und ist daher unabdingbar für die Funktionsfähigkeit einer Parteiendemokratie. Folgerichtig weist das deutsche Grundgesetz im so genannten Parteienprivileg des Artikel 21 den Parteien eine Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes zu.

2. Die unterschiedliche Systembedeutung von Parteienstaat und Massenorganisation in der DDR und der Bundesrepublik

Wenn oben auf die generelle Funktion und Bedeutung von Parteien und Verbänden für die politische Willensbildung der Bürger

innerhalb moderner Demokratien verwiesen wurde, so ist unverkennbar festzustellen, dass die DDR bereits aufgrund der eingeschränkten politischen Willensbildungsmöglichkeiten gerade nicht als moderne Demokratie gelten kann. Parteien und Verbände wandeln sich nicht nur, ihnen können historisch recht verschiedene Funktionen zukommen. Die Verfassung der DDR garantierte und verlangte ein rechtlich normiertes Monopol der Einheitspartei SED. Daneben gab es ferner die abhängigen Blockparteien. Faktisch fand in der DDR also kein echter Parteienwettbewerb statt, so wie sich auch nur der kleinere Teil der DDR-Bürger von den offiziellen Parteien vertreten fühlte und vertreten wurde: Eine echte und plurale Interessenvertretung war unter diesen Bedingungen nicht möglich, die politischen Machtverhältnisse waren von vornherein festgeschrieben und (faktisch) durch Wahlen nicht änderbar. Die Parteien wurden in gewisser Weise zu Erfüllungshelfern für zuvor feststehende Ziele degradiert, für viele Ziele (z.B. den Machterhalt oder die „Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit“) freilich auch instrumentalisiert. Innerparteiliche Demokratie und damit eigenständige Willensbildung der Mitglieder wurden systematisch unterdrückt. Die vorhandenen Demokratiedefizite innerhalb der Parteien dürfen freilich nicht so ausgelegt werden, dass die Parteimitglieder permanent unterdrückt wurden – diese waren, sofern sie nicht austraten oder ausgeschlossen wurden, und mitunter wohl auch gegen ihre eigene Selbstwahrnehmung dennoch wesentlicher Teil des sozialistischen Machtapparats. Auch die Massenorganisationen (FDGB, FDJ etc.) waren größtenteils durch politische Vorgaben und Erwartungen „von oben“ geprägt und organisiert, so dass hier ebenfalls keine autonome

■ Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Willensbildung „von unten“ erfolgen konnte. Viele dieser Organisationen rekrutierten ihre Mitglieder vor allem über eine Art „Zwangsmitgliedschaft“, was umgekehrt zu einer hohen Passivität bzw. teils auch Lethargie vieler ihrer Mitglieder führte. Die pure Anzahl der Mitglieder sagt mithin wenig über die Attraktivität jener Parteien und Organisationen aus, ebenso nicht über die Aktivitäten oder das tatsächliche Engagement der Mitglieder. Der Organisationsgrad der DDR-Bevölkerung war gewaltig: Fast ein Fünftel aller Wahlberechtigten der DDR (2,3 Millionen) war Mitglied in der SED; die ostdeutsche Jugendorganisation (FDJ) hatte in etwa ebenso viele Mitglieder, und die „Einheits“-Gewerkschaft (FDGB) zählte gar 9,5 Millionen Mitglieder (Glaessner 2007, vgl. Tabelle „Mitgliederzahl der Parteien und Massenorganisationen in der DDR“). Dennoch oder vielleicht sogar gerade deshalb: Ausgestattet mit den schlechten Erfahrungen, die die (organisierten und nichtorganisierten) DDR-Bürger mit „ihren“ eigenen Parteien und Verbänden hatten machen müssen, sahen sie mit großer Sympathie, teils Begeisterung auf das westdeutsche politische System sowie überhaupt auf die durch das Grundgesetz garantierten Rechte und Freiheitsgrade hinsichtlich kollektiver Organisationsformen (Gabriel 2005, S. 508f).

3. Die Parteien- und Verbändelandschaft im geeinten Deutschland

Die Gesamtzahl der Parteimitglieder in Deutschland liegt gegenwärtig bei ca. 1,4 Millionen (Krack-Rohberg/ Weichs 2008, S. 388). Sie unterlag in der Geschichte der Bundesrepublik großen Schwankungen (Niedermayer 2007, vgl. Tabelle „Mitglieder-

entwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland“): Stieg die Zahl der Parteimitglieder 1945-48 zunächst stark an, so stagnierte oder sank diese in den ersten Jahren der neu gegründeten Bundesrepublik und erhöhte sich erst wieder in den 1960er Jahren. Seit Beginn der 1980er Jahre haben die großen Parteien in Deutschland einen kontinuierlichen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Dieser Schwund wurde zwar im Zuge der Einigung kurzzeitig unterbrochen, indem durch Verschmelzung der ostdeutschen Blockparteien LDPD und NDPD mit der FDP sowie der Ost-CDU und der BPD mit der CDU hunderttausende neue Mitglieder aus der ehemaligen DDR registriert wurden. Der größte Teil dieser Neumitglieder verließ CDU und FDP jedoch schon im ersten Jahr der Einigung durch Austritt wieder. Während auch die SPD sich mit der Wiedervereinigung einem kontinuierlichen Mitgliederrückgang konfrontiert sah, schien es allein der Partei B90/Grüne zu gelingen, die Anzahl ihrer Mitglieder zumindest zu halten.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen von CDU und SPD und auch der ostdeutschen Landesverbände der Linken hält gegenwärtig weiter an. Gerade weil die Mitgliedschaft in Parteien freiwillig ist, gilt der Grad, zu dem sich Bürger in Parteien oder Interessenverbänden organisieren, als wichtiger Indikator politischer Integration (vgl. Weßels 2008, S. 393). Versagen die Parteien oder Organisationen als Interessensvermittler bzw. verlieren sie in der Bevölkerung an Attraktivität und Zuspruch, hat das zunächst nur Auswirkungen auf die Lebendigkeit und Leistungskraft der jeweiligen Organisation bzw. Partei selbst, kann langfristig aber auch erhebliche Konsequenzen für die politische Landschaft und die

■ Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

gesellschaftliche Integration nach sich ziehen. In den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) sind ca. 2,5 Prozent aller Wahlberechtigten zugleich selbst Mitglied einer Partei. In den neuen Bundesländern sind dagegen aktuell nur noch etwas mehr als 1 Prozent aller Wahlberechtigten in Parteien organisiert (vgl. Tabelle „Mitgliederentwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland“ und Abbildung „Rekrutierungsfähigkeit des Parteiensystems“). Das ist gewiss auch als Gegenbewegung gegen die staatlich erzwungene Überorganisation der Gesellschaft in der ehemaligen DDR zu deuten.

Als Grund für die Rekrutierungsprobleme (vgl. Abbildung „Rekrutierungsfähigkeit des Parteiensystems“) wird vielfach eine „Partei-enverdrossenheit“ angenommen. Dieser gesamtdeutsche Trend ist indessen mitverursacht unter anderem durch die Auflösung traditioneller Gesellschaftsstrukturen (Schichten, Milieus), was zur Lockerung bzw. Auflösung traditioneller Parteibindungen führt, ebenso durch den Wandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten (womit auch die Präferenz für individuelle Selbstverwirklichung zunimmt). Ferner lässt mit fortschreitender Säkularisierung nicht nur die orientierende Kraft von Religion nach, sondern es schwindet allgemein die Bereitschaft, sich ganzheitlichen Lebenshilfen und auch weltlichen Glaubensentwürfen („belief systems“) anzuschließen, wie das korrelative Verhältnis von Kirchenganghäufigkeit und Wahlverhalten zeigt (Niedermayer 2005, S. 208f).

Die nachlassende Bereitschaft, sich langfristig und dauerhaft an

eine Organisation oder Partei zu binden, hat also neben dem Verdross über das Erscheinungsbild von Politik und Politikern tiefer liegende Ursachen, die in gesellschaftlichem Wandel begründet liegen. In der Folge verlieren insbesondere die einst großen Volksparteien CDU und SPD die vormals scheinbar selbstverständliche Fähigkeit und Gewissheit, die Interessen großer Teile der Bevölkerung zu repräsentieren. Mitglieder- und Wählerschwund sind die Folge. Das heißt allerdings nicht, dass die Bürger unpolitisch geworden wären – sie suchen und finden jedoch verstärkt andere politische Artikulationsformen und Aktivitätsmuster, die weniger organisationsbezogen und stärker themenbezogen sind.

4. Soziales Profil der Parteimitglieder

Für Ost- und Westdeutschland gilt gleichermaßen, dass das Durchschnittsalter der Parteimitglieder steigt, wie die tendenzielle Verschiebung der am stärksten vertretenen Alterskohorte von den 30- bis 59-Jährigen hin zu den über 60-Jährigen zeigt, und jüngere Menschen mit einem prozentualen Anteil von lediglich ca. 4 bis 6 Prozent weniger stark vertreten sind. Bei absolut sinkenden Mitgliederzahlen steigt dabei der prozentuale Anteil weiblicher Parteimitglieder nur leicht an. – Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist der von Heiko Biehl auf Basis der Daten der Potsdamer Parteimitgliederstudie herausgearbeitete Befund, dass die Volksparteien schon in den 1990er Jahren zunehmend weniger Mitglieder in unteren, formal geringer gebildeten Schichten rekrutierten und damit gerade die für diese Parteimitglieder wichtigen innerparteilichen Aufstiegs- und Karrierechancen schwinden. Unter den Mitgliedern der 6 Bundestagsparteien insgesamt waren

■ Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

im Jahr 1998 nur 6 Prozent Arbeiter, aber 40 Prozent Angestellte und Beamte in Wirtschaft bzw. öffentlichem Dienst (Biehl 2006, vgl. Abbildung „Erwerbsposition, Konfessionszugehörigkeit und Vereinsmitgliedschaften der Parteimitglieder in Deutschland 1998“).

Aber nicht nur viele Parteien leiden unter Nachwuchsmangel und sinkenden Mitgliederzahlen, dieselbe Entwicklung zeigt sich z.B. auch bei den Kirchen sowie bei den Gewerkschaften und zwar in Ost- wie in Westdeutschland (vgl. Tabelle „Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen im Zeitraum von 1976 bis 1998“). Die Einbrüche in Ostdeutschland sind besonders gravierend: 1992 waren noch ca. 27%, 1998 ca. 15%, 2006 nur noch 7% der erwachsenen Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert. Die dramatischen Verluste können wenigstens zu einem gewissen Teil mit einer schrittweisen Korrektur vorangegangener „Zwangsmitgliedschaften“ bzw. dem Wegfall ehemals bloßer Mitnahmeeffekte (Freifahrten mit der Bahn, günstige Urlaubsmöglichkeiten usw.) erklärt werden. Die tatsächliche Bindung an die Gewerkschaft in der DDR (zumindest in den letzten Jahren ihrer Existenz) dürfte sehr gering ausgeprägt gewesen sein. Nachdem der äußere Druck zur Mitgliedschaft entfallen war, zerfiel auch der FDGB weitgehend, wobei sich die jeweiligen Einzelverbände größtenteils dem DGB anschlossen. Ein weiterer Grund dürfte die seit 1990 signifikant niedrigere Tarifbindung ostdeutscher Unternehmen sein, was ebenfalls den Anreiz für Gewerkschaftsmitgliedschaft schwächt.

Ähnliches gilt für die Jugendorganisation der FDJ, die binnen

kürzester Zeit fast alle ihre Mitglieder verlor. Der Austritt aus einer erzwungenen oder aufgenötigten Mitgliedschaft ist freilich nicht gleichzusetzen mit dem generell für Deutschland zu verzeichnenden Mitgliederschwund; Ostdeutsche finden ja auch die nach der Wende für sie zugänglichen (ehemals) westdeutschen Gewerkschaften wenig attraktiv. Diese tradierten Organisationsformen haben offensichtlich stark an Überzeugungskraft verloren, so dass sich immer weniger Menschen neu für sie entscheiden oder dafür zu engagieren bereit sind. Viele Enttäuschte kehren ihnen zudem den Rücken und treten aus, andere bleiben Mitglieder, aber engagieren sich kaum.

All das hat jedoch nicht dazu geführt, dass nunmehr gänzliche Zersplitterung oder Organisationsmüdigkeit vorherrschen würde. Im Gegenteil: Deutschland zeichnet sich im internationalen Vergleich durch einen mittleren Organisationsgrad von 55 bis 60 Prozent aus, sofern man alle Organisationen betrachtet, also auch Interessengruppen und Freizeitvereinigungen (Weßels 2008, 393 f.): In Westeuropa sind einzig die Bürger der skandinavischen Staaten sowie diejenigen der Niederlande noch stärker organisiert – die deutsche „Vereinsmeierei“ ist sprichwörtlich, was zugleich Beleg für die große Popularität und Verbreitung von Vereinen ist. Die negativen Aspekte, die mit dem Begriff verbunden sind (z.B. Hierarchisierung und Bürokratisierung des Vereinslebens, Intrigen und „Geschacher“ bei der Postenverteilung), verdecken das große Verdienst der Vereine: Sie leisten einen erheblichen Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Integration. Sie bewahren darüber hinaus insbesondere Arbeitslose, ältere und weniger begüterte



■ Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Menschen vor drohender gesellschaftlicher Isolation; vielfach konturiert die Vereinstätigkeit die individuelle Zeitplanung und sorgt für eine fortgesetzte aktive gesellschaftliche Partizipation und kulturelle Teilhabe.

Generell engagieren sich Menschen in Ost und West aktiver in Organisationen des Freizeitbereichs als in Interessenverbänden, wo in der Regel nur die einfache Mitgliedschaft (z.B. im ADAC) vorherrscht bzw. sich nur ein kleinerer Teil der Mitglieder freiwillig engagiert (Weßels 2008, S. 394, vgl. Tabellen „Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen im Zeitraum von 1976 bis 1998“ und „Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen im Jahr 2006“). Viele Menschen engagieren sich in bzw. unterstützen Nichtstaatliche Organisationen (NGOs), die – anders als z.B. Gewerkschaften und oft auch Parteien – weniger milieu-, sondern stärker themenorientiert ausgerichtet sind und – im Kontrast zum vielfach zu konstatierenden Ansehensverlust von Parteien bzw. Politikern – einen teils sehr hohen Zuspruch und aktive Unterstützung von der Bevölkerung erfahren; die deutsche Unterorganisation der internationalen Umweltschutzorganisation Greenpeace zählt z.B. über eine halbe Million (Förder)Mitglieder. Es gibt Belege dafür, dass der Grad des Engagements in solchen Organisationen mit dem Bildungsstand variiert; Effekte des Bildungsstands bzw. der Berufsqualifikation auf das Bürgerschaftliche Engagement sind generell nachweisbar. Letztere sind in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland sichtbar; zugleich ist es in Ostdeutschland jedoch umgekehrt leichter als in Westdeutschland, Arbeitslose für ein Bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.

■ Autor

Steffen Schmidt, SFB 580 (Jena/Halle)

■ Literaturhinweise

Krack-Rohberg, Elle/ Weichs, Karl 2008: Teilnahme am politischen und religiösen Leben. S. 383-390, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Weßels, Bernhard 2008: Politische Integration und politisches Engagement. S. 391-396, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Gabriel, Oscar W., 2005: Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W., Holtmann, Everhard: Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., Oldenbourg 2005, 457-522.

Glaessner, Gert-Joachim, 2007: Politik in Deutschland. Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar, 2005: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2. Aufl., Wiesbaden 2005.

Niedermayer, Oskar, 2007: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2007. Arbeitshefte aus dem OSZ, Nr. 11. FU Berlin 2007.

Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Mitgliederentwicklung der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland Angaben in Tausend

Jahr	CDU	CSU	FDP	SPD	B90/Grüne	DKP/ab 90: PDS/ ab 07: Die Linke	NPD/ ab 89: REP	Anteil der Wahl- berechtigten in Prozent
1947	400	82	55	875				4,52
1952	200	52	63	627				2,84
1960	255	53	80	650				2,77
1970	329	93	57	830		30	21	3,52
1980	693	172	85	987	15	40	7	4,62
1989	663	186	65	921	41	18,7	k.A.	4,18
1990	777,8	186,2	178,6	943,4	41,3	280,9	18	4,01
1991	751,2	184,5	137,9	919,9	38,9	172,6	16,5	3,68
1992	713,8	181,8	103,5	886	36,3	146,7	19,9	3,45
1993	685,3	177,3	94,2	861,5	39,8	131,4	19,8	3,32
1994	671,5	176,3	88	849,4	43,9	123,8	18,8	3,26
1995	657,6	179,6	80,4	817,7	46,4	114,9	15,6	3,16
1996	645,8	179,3	75	792,8	48	105	14	3,08
1997	631,7	178,5	69,6	776,2	49	98,9	13,9	3,01
1998	626,3	179,5	67,6	775	51,8	94,6	13,7	2,98
1999	638,1	181,9	64,4	755,1	49,5	88,6	13,5	2,95
2000	616,7	178,3	62,7	734,7	46,6	83,5	13	2,86
2001	604,1	177	64,1	717,5	44,1	77,8	10,8	2,79
2002	594,4	177,7	66,6	693,9	43,9	70,8	9	2,70
2003	587,2	177	65,2	650,8	44,1	65,8	8,3	2,60
2004	579,5	172,9	64,1	505,8	44,3	61,7	7,5	2,34
2005	571,9	170	65	590,5	45,1	61,3	k.A.	2,43
2006	553,9	166,9	64,9	561,2	44,7	60,3	k.A.	2,35
2007	536,7	166,4	64,1	539,9	44,3	71,7	k.A.	2,30
2008	529	162,5	65,6	521	45,2	76	k.A.	2,25
darunter in den neuen Bundesländern ohne Berlin								
1990	134,4		107	30,4	1,3	k.A.	k.A.	2,20
2004	51,6		9,8	23,8	2,7	56,9	k.A.	1,19
2008	46,45		8,59	22,17	3,05	40,21	k.A.	1,10
darunter in den alten Bundesländern mit Berlin								
2008	482,37	162,53	56,60	498,80	42,14	35,74	k.A.	2,50

Quelle: Rudzio, Wolfgang, 2006: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, S. 153 (Anteil der „Wahlberechtigten in Prozent“ beruht auf eigenen Berechnungen, die die Wahlberechtigten der amtlichen Wahlstatistik zur Grundlage haben. Damit werden allerdings nur Parteimitglieder erfasst die auch über das aktive Wahlrecht verfügen); Niedermayer, Oskar, 2009: *Parteimitgliedschaften im Jahr 2008*. Zeitschrift für Parlamentsfragen, 40 (2), S. 373-374. (keine Angaben für NPD; Anteil der „Wahlberechtigten in Prozent“ für 2005-2008 beruht auf eigenen Berechnungen, die die Wahlberechtigten der amtlichen Wahlstatistik sowie die „Parteimitglieder nach Bundesländer 2007 und 2008“ in Niedermayer 2009 zur Grundlage haben.)



■ Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Mitgliederzahl der Parteien und Massenorganisationen in der DDR in der zweiten Hälfte der 80er Jahre
Angaben in Tausend

Parteien und Massenorganisationen	Mitglieder
SED	2300
DBD	106
CDU	125
LDPD	83
NDPD	91
FDGB	9500
FDJ	2300
DFD	1400
Kulturbund	244
VdgB	560

Quelle: Glaessner, Gert-Joachim 2007: Politik in Deutschland, S. 197

Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen im Zeitraum von 1976 bis 1998
Angaben in Prozent

Organisation im Bereich	Westdeutschland					Ostdeutschland	
	1978	1980	1986	1912	1998	1992	1998
Arbeit und Wirtschaft							
Gewerkschaften (total)	17	16	15	16	13	27	15
DGB	13	13	14	14	9	25	14
DAG	4	3	2	2	4	3	1
CGB	0	-	0	0	0	0	0
Beamtenbund	3	2	2	2	2	1	0
Berufsverbände							
Selbstständige, freiberuflich	-	-	1	1	1	1	2
Andere	4	3	5	5	5	5	3
ULA, leitende Angestellte	-	-	0	0	1	0	0
Bauernverband	2	1	1	1	1	0	0
Gewerbeverband	2	1	2	1	2	2	2
Wirtschafts- u. Arbeitgeberverband	1	1	0	0	1	0	0
Politisch oder wertgebunden							
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	2	0	1
Politische Parteien	6	5	4	4	3	3	2
Andere polit. Vereinigung	-	0	0	1	2	0	1
Religiöse Organisationen	5	6	6	6	3	2	1
Soziales							
Vertriebenenverband	2	1	1	1	1	0	1
Sozial- o. Wohlfahrts-Verband	2	3	4	3	4	1	1
Jugendorganisation	2	1	1	1	1	1	0
Freizeit							
Gesangsverein	6	7	6	6	6	2	2
Sportverein	22	23	29	30	28	10	12
Heimatverein	7	6	6	5	6	1	1
Sonstige gesell. Vereine (Kegelclub usw.)	-	11	8	5	7	1	3
Andere Freizeitvereine	-	5	5	8	11	3	4
Andere Organisationen	11	10	13	11	6	8	6
Mitglieder insgesamt	54	59	63	63	59	53	41
Mitglieder in Interessengruppen	32	29	31	31	31	40	25
Mitglieder in Freizeitvereinen	29	39	42	43	43	16	20
Mitglieder nur in Freizeitvereinen	16	24	26	27	26	9	12
N = 100 Prozent	2036	2955	3070	2308	2070	1141	1012

Quelle: Weßels 2008, S. 393



Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen im Jahr 2006
Angaben in Prozent

	Mitgliedschaft			An Aktivität teilgenommen		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
Arbeit und Wirtschaft						
Gewerkschaften	9	10	7	4	4	3
Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband	7	7	5	3	3	3
Politisch oder wertgebunden						
Politische Partei	2	2	2	2	2	2
Religiös oder kirchlich	19	21	12	11	12	6
Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten, Immigranten	5	5	3	7	8	5
Umweltschutz, Frieden, Tierschutz	5	5	3	6	7	5
Sonstige Interessengruppen						
Sonstige Interessengruppen	9	9	10	8	7	9
Freizeit						
Sportverein, Aktivitäten im Freien	26	28	18	20	21	17
Kulturelle oder Freizeitaktivitäten	15	16	11	20	20	17
Hobby und Freizeit	12	12	10	11	11	11
Mind. 1-mal Mitglied/aktiv						
Alle gelisteten	56	58	47	42	43	36
Interessengruppen insgesamt (Bereiche „Arbeit und Wirtschaft“, „politisch oder wertgebunden“)	35	38	25	21	22	15
Freizeitorganisationen insgesamt (Bereich „Freizeit“)	37	39	28	33	34	28
N = 100 Prozent	2916	1901	1015	2916	1901	1015

Mitgliedschaft und Aktivitäten in Parteien und Verbänden

Erwerbsposition, Konfessionszugehörigkeit und Vereinsmitgliedschaften der Parteimitglieder in Deutschland im Jahr 1998; Angaben in Prozent

		SPD			CDU			CSU	FDP			Bündnis 90/ Die Grünen			PDS
		Ges.	Ost	West	Ges.	Ost	West	Ges.	Ges.	Ost	West	Ges.	Ost	West	Ges.
Erwerbs- position	Arbeiter	8	10	8	3	6	3	8	2	5	1	4	6	4	5
	Angestellter	15	17	15	16	14	17	16	19	15	20	18	15	18	8
	Öffentlicher Dienst	25	24	25	21	23	20	21	22	27	21	40	38	40	7
	Selbstständiger	5	8	5	11	14	11	14	16	22	14	10	7	10	4
	Landwirt	0	0	0	4	1	4	4	2	0	2	1	1	1	0
	Akademiker (Freie Berufe)	2	3	2	4	2	4	23	8	4	9	7	6	7	1
	Arbeitsloser	4	9	4	2	10	1	2	3	6	2	5	8	5	5
	Rentner	33	24	33	32	29	33	27	22	20	23	4	7	4	70
	Hausfrau	4	1	4	5	0	6	4	3	0	4	3	1	3	0
	Sonstige	4	4	4	2	2	3	4	4	0	4	9	12	9	1
Kon- fession	Evangelisch	48	38	48	37	62	35	18	55	50	56	36	43	35	2
	Katholisch	27	5	27	55	22	58	78	17	4	22	21	6	22	0
	Andere Konfession	1	1	1	1	1	1	1	1	0	2	2	2	2	0
	Konfessionslos	24	57	23	7	16	6	4	27	46	21	41	49	40	98
Vereins- mitglied- schaften	Gewerkschaft	48	30	48	13	12	13	14	12	15	11	32	23	32	23
	Wohlfahrts- verein	18	11	19	7	8	7	22	8	6	9	6	6	6	11
	Kirchliche Gruppen	12	13	11	26	18	28	25	13	11	14	14	23	13	2
	Freiwillige Feuerwehr	14	8	14	14	14	14	29	8	8	8	3	2	3	4
	Heimatverein	12	12	13	20	12	21	20	14	12	15	4	7	4	6
	Berufsverband	14	12	15	27	14	27	31	27	21	30	17	16	16	10
	Unternehmer- verband	7	6	7	10	7	10	1	2	10	10	4	4	4	5
	Umweltschutz	12	7	10	7	4	6	7	8	5	8	25	28	29	5
	Tierschutz	6	5	7	6	4	5	6	5	4	5	5	5	6	5
	Bürgerinitiative	8	8	7	6	5	7	4	8	6	8	19	23	18	8
Frauengruppe	7	4	6	7	5	7	4	10	3	4	9	7	9	5	

Quelle: Biehl 2006